



**Geschäftsstelle des Nds. Integrationsrat**

Kurt-Schumacher-Str. 29

30159 Hannover

Tel.: 0511-12376886

E-Mail: [geschaefsstelle@nds-nir.de](mailto:geschaefsstelle@nds-nir.de)

<https://nds-integrationsrat.de/>

## **Der NIR plädiert bei der Umsetzung der Bezahlkarte für eine flächendeckende diskriminierungsfreie Umsetzung und verurteilt die Entscheidung der MPK die Barauszahlung zu begrenzen.**

Der Niedersächsische Integrationsrat begrüßt das Ziel der niedersächsischen Innenministerin Daniela Behrens für eine flächendeckende und diskriminierungsfreie Umsetzung der Bezahlkarte. Mit einer Bezahlkarte, kann die Bürokratie und somit auch die Empfänger\*innen entlastet werden. Menschen ohne eigenes Konto ermöglicht eine Bezahlkarte mehr Freiheit. Diese beiden Entlastungen sind unstrittig vorhanden und jedem bewusst, und sie sind wertvoll für die Kommunen. Doch die Ministerpräsident:innenkonferenz (MPK) hat eine flächendeckende Begrenzung der Bargeldabhebung von 50 € monatlich beschlossen.

**Damit ist eine stigmatisierende und diskriminierende Bezahlkarte besiegelt.**

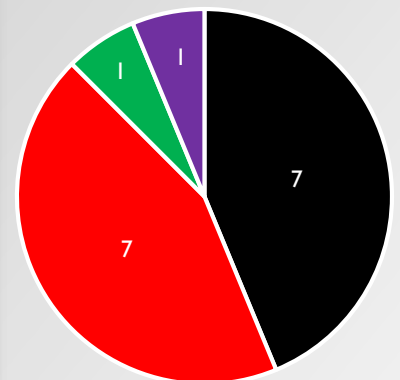
### **Was bedeutet Rücküberweisung?**

Die Streitfrage, die dieser Beschränkung zugrunde liegt, sind die sogenannten „Rücküberweisungen“ in Herkunftsländer. Rücküberweisungen würden zum sogenannten „Pull-Faktor“ werden. Sie würden bewirken, dass noch mehr Geflüchtete „auf illegalem Weg“ nach Deutschland kommen. Daher sollen die Bezahlungsmöglichkeiten an Schleuser durch eine begrenzte Bezahlkarte ebenfalls gestoppt werden.

Doch schauen wir uns diese „Rücküberweisungen“ genauer an, wird schnell ersichtlich, dass es populistische Argumente sind, die **eine Diskriminierung der Schutzsuchenden in Deutschland ermöglichen sollen.**

### **Wer hat es beschlossen?**

Aktuelle Ministerpräsident:innen  
nach Partei:



■ CDU/CSU ■ SPD ■ Grüne ■ Linke

Unter Rücküberweisung versteht man den privaten Geldtransfer ins Ausland. Meistens versteht man darunter, dass die Migrant:innen in Deutschland ihren Familien in den Herkunftsländern Geld überweisen. Folgende Statistik wird in den Debatten dazu angeführt: *Hierbei soll es sich laut Schätzungen der Bundesbank um 6,8 Milliarden Euro handeln. Der Großteil der Rücküberweisungen, ca. 5 Milliarden, blieb aber tatsächlich in Europa: Es wurde in die Türkei (834 Mio.), Rumänien (604 Mio.), Polen (534 Mio.), die Ukraine (451 Mio.) und Italien (389 Mio.) überwiesen. Erst danach folgen Syrien (360 Mio.), Kroatien (275 Mio.), Serbien (253 Mio.), Griechenland (213 Mio.), Afghanistan (136 Mio.) und Irak (109 Mio.)* (Mediendienst Integration 2024). Das verwundert auch nicht, denn aus diesen Ländern kommen die meisten Arbeitsmigrant:innen. Denn sowohl die seinerzeit als sogenannte „Gastarbeiter\*innen“ nach Deutschland gekommenen Arbeitsmigrant:innen als auch die Geflüchteten, die 2015 kamen, haben schon **längst einen Job und eine Arbeit in Deutschland gefunden, nämlich knapp 2/3 in Vollzeit**, so ein Bericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung von 2024 (IAB-Kurzbericht 2024). Gerade die Männer haben **im Schnitt nach 8 Jahren zu 86 % eine Vollzeitbeschäftigung**. Dennoch werden diese Zahlen genutzt, um eine vermeintliche Ausnutzung unseres Sozialsystems herbeizudebattieren. Selbst die Bundesbank – Herausgeberin dieser Zahlen – betont: **„Auf Basis der vorhandenen Zahlen lässt sich keine Aussage darüber treffen, ob Geflüchtete Teile ihrer Sozialleistungen ins Ausland überweisen“** (Mediendienst Integration 2024).

## Wozu führen Rücküberweisungen?

Entscheidend ist, dass die **Migrationsforschung davon ausgeht, dass Rücküberweisungen Armut reduzieren und die gesundheitliche Lage in den Herkunftsländern bzw. bei den dort lebenden Familien verbessern** (Adams 2011; Docquier/Rapoport 2016, Lücke 2024). Sofern sich insgesamt eine Verbesserung der Lebensbedingungen in Herkunft- und Transitländern durch Rücküberweisungen ergeben, dürfe dies die Migrationsanreize nicht stärken, sondern senken (Lücke 2024).

**„Dies ist auch der Grund, warum die Bundesregierung erhebliche Geldtransfers in einige Transit- und Herkunftsländer der (Flucht-) Migration leistet. Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass private Transferleistungen eine andere Wirkung haben.“** (DeZiM Institut 2024)

Es wird somit eben nicht zu einem vermeintlichen Pull-Faktor kommen und die illegale Bezahlung der Schleuser wird eben nicht mit der Einführung einer restriktiven Bezahlkarte unterbunden.

---

## Warum wir die Bezahlkarte ablehnen?

Daher warnen wir als Niedersächsischer Integrationsrat eindringlich davor, eine Stigmatisierung der geflüchteten Menschen vorzunehmen, indem man eine Bezahlkarte einführt, die in ihrer Nutzung beschränkt ist. **Die MPK muss ihren Beschluss zurücknehmen und den Kommunen eine diskriminierungsfreie Alternative anbieten.**

Es ist selbstverständlich, dass illegale Einwanderung unterbunden werden muss und kriminelle Geldflüsse, gestoppt werden müssen, indem ausreichend legale und sichere Möglichkeiten zur Einwanderung geschaffen werden, sodass dem gefährlichen Schleusergeschäft und dem täglichen Sterben im Mittelmeer ein Ende gesetzt wird. **Dass eine Bezahlkarte – wie sie zurzeit beschlossen ist – dieses leisten wird, ist ausgeschlossen.**

Diese Art der Politik, wie sie von der MPK betrieben wird, führt zu einer Ungleichbehandlung von Menschen, die vor Krieg und Tod flüchten. Sie würden die Schuld für etwas erhalten, was objektiv widerlegbar nicht zutrifft. Die Tatsache, dass sich die Politik mit diesen offensichtlich populistischen Positionen und Argumenten auseinandersetzt und nicht gezielt die Vorteile einer wirklichen Bezahlkarte ohne Nutzungsbeschränkungen diskutiert, hilft nur, das Sagbare weiter nach rechts zu verschieben, und ist eine Ohrfeige für die migrantische Bevölkerung in Deutschland.

Deshalb wünschen wir uns eindringlich eine Rückkehr zur Debatte, dass eine **diskriminierungsfreie Bezahlkarte durch die Digitalisierung bei den Kommunen Entlastungen schaffen wird.** Das allein, ist schon ein wichtiger Grund, sie einzuführen.

Allerdings, sie als Instrument gegen illegale Einwanderung und „angeblich“ maßgeblichen Geldfluss von Sozialleistungen an die Herkunftsländer zu nutzen, ist nicht nur wissenschaftlich falsch, sondern schürt nur Vorurteile und führt zu einer gesellschaftlichen Stigmatisierung bestimmter Menschen. Im Hinblick auf eine gemeinsame, friedliche Gesellschaft, die geprägt ist von Teilhabe und Zusammenhalt in Deutschland, steht daher eine Einführung einer restriktiven und beschränkenden Bezahlkarte diesem Gedanken entgegen.

Eine Bezahlkarte sollte für Sozialleistungen einschränkungsfrei den Bewohner\*innen Deutschlands als sinnvolle, bürokratieabbauende und bargeldlose Möglichkeit zugutekommen und nicht Bevölkerungsgruppen stigmatisieren und ausgrenzen.

Wir möchten alle Parteien auffordern, die wissenschaftlich belegten Argumente anzunehmen. Deutschland soll weiter für Frieden und Gerechtigkeit und Menschlichkeit stehen. **Die Beschränkung der Bezahlkarte muss revidiert werden.**

---

---

gez. Der Vorstand des Niedersächsischen Integrationsrats

Kurt-Schumacher-Str. 29  
30159 Hannover  
Tel.: 0511-12376886  
E-Mail: [geschaefsstelle@nds-nir.de](mailto:geschaefsstelle@nds-nir.de)  
<https://nds-integrationsrat.de/>



### Quellen:

NDR 20.06.24: [https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover\\_weser-leinegebiet/MPK-Weil-traegt-Bargeldgrenze-bei-Bezahlkarte-fuer-Gefluechtete-mit,mpk424.html](https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover_weser-leinegebiet/MPK-Weil-traegt-Bargeldgrenze-bei-Bezahlkarte-fuer-Gefluechtete-mit,mpk424.html)

Mediendienst Integration 2024 <https://mediendienst-integration.de/artikel/die-meisten-rueckueberweisungen-gehen-nach-europa.html>

IAB-Kurzbericht 2024 <https://doku.iab.de/kurzber/2024/kb2024-10.pdf>

Adams, Richard H. (2011): Evaluating the Economic Impact of International Remittances On Developing Countries Using Household Surveys: A Literature Review, The Journal of Development Studies, 47:6,809-828.

Lücke, Matthias (2024): „Die Bezahlkarte könnte nach hinten losgehen.“ 29.02.2024. Mediendienst Integration

Dezim Institut 2024 [https://www.dezim-institut.de/fileadmin/user\\_upload/Demo\\_FIS/publikation\\_pdf/FA-6050.pdf](https://www.dezim-institut.de/fileadmin/user_upload/Demo_FIS/publikation_pdf/FA-6050.pdf)